

Sehr interessant

B e r i c h t

über meine und Dr. Kaplans Besprechungen in Prag.

am 7. und 8. Mai 1919.

1./ Vorsprache bei Staatskanzler Šamal. Wurde genau über die Absichten bezüglich Gesandtschaft informiert. Die Namen Sommerschuh und Kolowrat fanden seine volle Billigung. Ueber die Verhängung der Sequester war er nicht unterrichtet, ~~aber~~ <sup>er</sup> frappt und entschieden unangenehm berührt. Er vermittelte selbst telefonisch Stunden für Vorsprachen beim Präsidenten Masarik und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Svehla.

2./ Besuch bei Svehla. Dieser liess sich eingehend orientieren. Er legt grossen Wert auf die Schaffung einer Repräsentanz oder Güterdirektion für alle čechischen Güter mit voller Abtrennung von Wien. Die Sequestrierung berührte ihn auch sehr peinlich und erkannte er den Widerspruch zwischen der Souveränität des Fürsten und dem Sequester. Es wurde auch die Frage der eventuellen Beteiligung von Agnatender Familien mit grossem Besitz erörtert. Er sieht die Notwendigkeit ein, diesen eine Existenzmöglichkeit zu schaffen und erkennt den Wert eines bodenständigen und landwirtschaftlich intensiv auf seinen eigenen Mittelbesitz wirtschaftlichen Adels. Auf meine Bemerkung, dass ich mir Anteile in der Grösse des gesetzlichen Ausmasses etwa 500 - 600 Joch vorstellen würde, bemerkte er, man könne schon auch 1000 und 2000 Joch, unter Umständen auch 5000 Joch geben. Svehla ist überzeugt, dass der Bolschewismus oder radikaler Sozialismus in Böhmen nicht durchdringen wird.

3./ Empfang beim Präsidenten Masarik. Derselbe übernahm das fürstliche Handscreiben, las es jedoch nicht, sodass ich es ihm mündlich vorerzählte. Die Schaffung der Güterverwaltung nahm er mit Befriedigung zur Kenntnis. Ich betonte, den Wunsch die Schaffung der Gesandtschaft, die gewiss beitragen werde, manche Missverständnisse, die sich aus der Verwaltung

ergeben, zu beseitigen und zu beschleunigen und möglichst unter der <sup>dem</sup> Prinzen Alois gegenüber in Aussicht gestellten zwei bis dreiwöchentlichen Frist, zuzulassen. Der Präsident bemerkte er sehe das ein, werde mit Ministerialrat Stepanek sprechen, er für seine Person stimme der sofortigen Errichtung der Gesandtschaft zu. Auch gegen die Gleichzeitigkeit des Gesandten in Wien und Prag hat er gar keine Einwendung, und war über die Namen Sommerschuh und Kolowrat sehr befriedigt.

4./ Besuch beim Justizminister Soukup. Dieser ist Sozialist, Advokat. Wir hielten ihm die Exterritorialität von Eisgrub vor, welche durch das Justizministerium den Justizbehörden mitgeteilt worden sei. Da die alten Gesetze und Verordnungen, soweit sie nicht aufgehoben sind, weiterbestehen, sei der Sequester unbedingt zumindest in Eisgrub eine Rechtsverletzung. Er liess sich eingehend über den Begriff der Exterritorialität informieren. Er erklärte, die Angelegenheit müsse in den Kabinettsrat. Er behandelte die ganze Sache mit tiefem Ernst, durchaus als Jurist, der die Verwaltung gesetzlich geführt haben will. Auch er ~~legt~~ <sup>legt</sup> grossen Wert auf die Schaffung der čechischen Verwaltung. *Häuschte ein schriftlich motiviertes Memorandum*

5./ Besuch bei Ackerbauminister Praschek. Sehr liebenswürdig, aber <sup>an</sup> seinem Standpunkt festhaltend. Der Grossgrundbesitz müsse froh sein, wie er, der selbst Grundbesitzer sei, dessen Interessen gegen Volksstimmungen zu schützen sich bestrebe. Die Sequestrierung beim Fürsten sei eine Schutzmassnahme, wodurch die Bevölkerung beruhigt werde, und habe ja tatsächlich kaum eine für den Besitzer besonders unangenehme Wirkung. Ueber die Gründe war er nicht genau informiert. Von anderer Seite hatte Dr. Kaplan im Ackerbauministerium erfahren, dass das Ernährungsamt der fürstlichen Verwaltung Exporte von Produkten nach Deutschland und Ungarn zum Vorwurfe mache. Praschek gab zu, dass derartige Dinge behauptet werden, gab aber auch anderseits zu, dass der Fürst selbst hiervon nichts wisse und dass er in nationaler Hinsicht den Če-

*↳ So betonte wir, daß der Tagungssaal beunruhigt sei, möglichst den Kontakt zu führen mit den Herren in ihrem Bereich, um die Arbeit zu erleichtern.*

chen gegenüber sich nie feindlich benommen habe. Wir nahmen hier, wie auch bei mehreren anderen Herren die Gelegenheit wahr, das Verhalten des Fürsten in der Frage der čechischen Schule in Lundenburg, der Verpachtung der Lundenburger Zuckerfabrik an die mährische Agrarbank, der Gemeinde Themenau, der Förderung der čechischen Akademie u.s.w. zu betonen, ebenso das Bestreben des Fürsten seine Beamten den nationalen Verhältnissen anzupassen und in gemischtsprachigen Gegenden stets die Doppelsprachigkeit zu verlangen.

Praschek liess auch recht deutlich durchblicken, dass alles auf den Erfolg der Wahlen ankomme. Der Grundbesitz müsse entsprechende Opfer bringen für Beeinflussung der Wahlen im agrarischen Sinne. Er müsse sich überhaupt organisieren und habe auch, früher viel zu wenig politisch<sup>en</sup> Einfluss gesucht.

Hinsichtlich der unmittelbaren Aufhebung der Sequester gab er keine Zusicherung. Wir betonten, dass wir nicht mit Protesten arbeiten wollten, die immer als unfreundlicher Akt anzusehen sind, sondern lieber beabsichtigen würden, um die Aufhebung der Sequester anzusuchen ~~unter~~ dem Anbote gewisser Garantien für die Erfüllung der legalen Wünsche der Regierung punkto Anbau und Ernährungsvorschriften. Eingehend wurde die Frage der Repräsentanz oder Güterdirektion besprochen. Der Repräsentant in Prag in der Person Sommersehuh's wurde auch hier als notwendig bezeichnet. Ob die Güterdirektion in Auřinowes, Lundenburg oder Olmütz untergebracht wird, wurde als gleichgültig bezeichnet. Ich betonte die Schwierigkeit der effektiven Durchführung. Hohes Alter des Fürsten, der nicht sich rasch entschliessen könne so ~~tiefergreifende~~ tiefgreifende Aenderungen in seiner gewohnten Verwaltung durchzuführen. Schwierigkeit der Beschaffung geeigneter fachlich qualifizierter, national der Regierung genehmer, aber auch taktvoller und politisch verständnisvoller Beamten. Wenn die Administration auch in der Čechoslovakei konzen-

triert werden soll, so müsse in der Organisation doch ~~die~~ der entsprechende Einfluss des Fürsten als Gutsherrn gewahrt bleiben, der vielfach in Wien oder Feldsberg wohne. Das Endergebnis der Besprechung ging dahin, dass Praschek meinte, man möge um die Aufhebung der Sequester nach der tatsächlichen Errichtung der Güterdirektion ansuchen. Er will damit <sup>wohl</sup> Zeit gewinnen und auch eine den Nationalen verständige Ausrede für die Aufhebung der Sequestration <sup>schaffen</sup>.

Bemerkt soll hier werden, dass Dr. Kaplan bei Šamal und Švehla mit entschiedenem Erfolg auf die Zusammenhänge zwischen Praschek der mährischen Agrarbank und dem Sequester in Čechischer Sprache aufmerksam machte, wobei ich den Naiven spielte.

6./ Empfang bei Štěpánek, <sup>in Paris befindlichen</sup> Vertreter des Ministers des Aeussern Bennesch. Hier wurde die Frage der Gesandtschaftserrichtung eingehend erörtert. Štěpánek anerkennt die Souveränität des Fürsten, ist jedoch über die Neutralität nicht im Klaren. Nach dem Besuch <sup>des</sup> Prinzen Louis hat Bennesch in der Angelegenheit einen Bericht nach Paris erhalten. Derselbe ist belegt durch das Gutachten eines Prager Völkerrecht-Professors <sup>Hobza</sup> und soll dieses Gutachten, wie wir auf Befragen zu hören bekamen, "eher negativ ausgefallen sein". Štěpánek begrüsst die Errichtung der Gesandtschaft, die die Regierung entschieden schmeichelt. "Wir freuen uns gewiss über herkommende Gesandtschaften und wünschen möglichst viele derselben". Er traut sich aber jetzt nicht offiziell zuzustimmen, bevor Paris speziell die Franzosen "die Neutralität autoritativ anerkannt haben". Auf meine Bemerkung, dass Liechtenstein jedenfalls mit der Čechoslovakei nicht im Krieg gestanden sei, man daher doch ohne Rücksicht auf die Neutralität eine Gesandtschaft senden könnte, weil eben die Entstehung des neuen Staates und die Auflösung des alten Oesterreichs den diplomatischen Verkehr mit Rücksicht auf das Land und den fürstlichen Besitz notwendig machen, meinte er, das deut-

7/4/2

11)

sche Konsulat, das früher in Prag war, sei faktisch auch noch tätig, jedoch nicht bei der neuen Regierung akkreditiert. Man könne eine neue Gesandtschaft, deren Land sich zumindest nach Auffassung der Entente im gleichen Verhältnisse wie Deutschland befinden könnte, vor Friedensschluss nicht recht zulassen. Stépanek räumte mir ein, dass demgemäss der Hebel in Paris anzusetzen sei und war damit einverstanden, dass ich durch den Gesandten Allizé die Angelegenheit in Paris urgieren, eventuell die Entsendung des Vertreters nach Paris durchsetzen möge. Wir haben übrigens in Unkenntnis der nichterfolgten Abreise Dr. Emil Beck's bei den ersten Besuchen positiv, bei Stepanek, wo wir die nicht erfolgte Abreise schon wussten, in unklarerer Form auf die Tatsache der Entsendung eines Vertreters des Fürstentums als Neutralen nach Paris und auf meine gegenständliche Verbindung mit Allizé hingewiesen.

Bezüglich des Gesandten begründete ich die Gemeinsamkeit mit der Schwierigkeit einen liechtensteinischen Staatsbürger zu finden. Man könnte einen Advokaten oder Industriellen aus dem Lande etwa auch vorschlagen, der würde aber ebenso wenig <sup>mir id</sup> tschisch sprechen und die Verhältnisse im Lande gewiss noch weniger beurteilen können und daher im gegebenen Falle, wo es sich auf gegenseitiges verständnisvolles Verhandeln ankomme, vielleicht weniger entsprechend sein. In Wien müssten die Verhandlungen ~~mit~~ wegen Umänderung des Zollvertrages und anderer gemeinsamer Angelegenheiten mit der deutschösterreichischen Regierung geführt werden und ebenso sind dort die ~~Verhandlungen~~ <sup>Verhandlungen</sup> anzusetzen, um dem Lande sein garantiertes Einkommen ~~an dem Zollvertrag~~ bei der Liquidierungskommission durchzusetzen. In Prag würden doch mehr Angelegenheiten des Fürsten zu verhandeln sein, weswegen der Hauptsitz des Gesandten in Wien anzunehmen sei. Stépanek erkannte die Richtigkeit dieser Argumente an. Auch an anderen Stellen wurde die Tatsache, dass ich früher in Marienbad Bezirkshauptmann gewesen sei, sehr freundlich und erfreut meiner Person gutgebucht.

Die Wahl Kolowrat's fand den vollsten Beifall. Besprochen wurde noch dessen tschechoslovakische Nationalität. Štěpánek wünschte, man müsse ihn als Honorar-Legationssekretär bezeichnen, was sonst zwar nur bei Konsulaten üblich sei, aber schliesslich auch hier möglich wäre. Man müsse nur anerkennen, dass er als tschechoslovakischer Staatsbürger nicht die persönliche Exterritorialität geniesse und dass hieraus sich nicht diplomatische Konflikte ergeben. Ich verwies auf ~~xx~~ das deutschösterreichische neue Gesetz über die Vermögensanmeldung, in welchem ausdrücklich erklärt ist, dass Gesandten und Konsuln von der Vermögensanmeldung befreit sind, soweit sie die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, und erklärte, dass in dieser Richtung die selbstverständlichen Erklärungen jederzeit gegeben werden würden.

Wir einigten uns auch dahin, dass im gegebenen Augenblicke das schriftliche Ansuchen um Zulassung der Gesandtschaft in ganz kurzer Form/und Štěpánek meinte in vier Zeilen/ also ohne nähere Begründung eingebracht werden könne und dass hiebei gleichzeitig um das Agrément für mich und Kolowrat angesucht werden könnte.

Auch die Angelegenheit der Unterbringung der Gesandtschaft im Palais Kinsky wurde besprochen und Štěpánek ersucht auf die jugoslavische Gesandtschaft einzuwirken, damit sie zwei in Frage kommende Räume für unsere Zwecke freilasse. Štěpánek verwies auf grosse Schwierigkeiten, fand übrigens die Gesandtschaft in Kojatacin unterzubringen, recht gut. Auch die französische Mission suche etwas ausserhalb Prag. Ein Bureau müsse allerdings in Prag sein.

Ueber die Sequester-Angelegenheit, die Exterritorialität von Eisgrub und die Schaffung der Güterverwaltung und ~~xxxx~~ Repräsentanz wurde Štěpánek ebenfalls informiert. Besondere Bemerkungen seinerzeit sind mir jedoch nicht erinnerlich. In unterl. *stichwortl. jede Äusserung sagt D. Kaplan*

7./ Die Besprechung mit Graf Hans Kolowrat ergab seine Geneigtheit den angetragenen Posten zu übernehmen. Er soll seinerzeit in čechoslovakischen Dienst treten. Die Regierung traut sich jedoch nicht derzeit schon Herren aus dem Adel hinauszusenden, sodass Kolowrat für wenigstens dreiviertel Jahr keine rechte Aussicht hat von seinem Vaterlande angestellt zu werden. Er braucht aber unbedingt entsprechende Einnahmen. Ich sprach ihm von einem Gehalt von etwa 20.000 Kronen, proponierte ihm die Beibehaltung des Titels Legations-Sekretär mit der Begründung, dass ich es vermeiden möchte, bei der Kleinheit des Landes allzu somptüöse Titel zu verwenden. Er war damit einverstanden. Ich muss allerdings heute hiezu bemerken, dass, wie ich erfahren habe, Kolowrat nahe am Legationsrat im österreichischen Dienste war. Dass man ihn über kurz oder lang doch diesen Titel wird geben müssen und dass daraus dann leicht mit einer Gehaltssteigerung verbunden sein wird. Andererseits wird es vielleicht gerade für Prag günstig sein, den Stellvertreter des in Wien wohnhaften Gesandten, der mit vielen Stellen in čechischer Sprache wird verhandeln müssen, doch einen höheren Rang zu geben, und würde ich daher in Erwägung stellen, ob es sich nicht empfiehlt, Kolowrat gleich als Legationsrat mit 20.000 Kronen zu übernehmen und ihm zu bemerken, dass es ein weiteres Avancement in Titel und Gehalt allerdings nicht gebe, ausser, wenn er selbst mit der Zeit Gesandter da und dort werden könnte und möchte. Kolowrat kommt circa 15. nach Wien.

-----

Fasst man das Ergebnis der verschiedenen Besuche zu einem Gesamteindruck zusammen, so ergibt sich Folgendes:

Es besteht zweifellos bei den jetzigen Machthabern in ihrer Mehrzahl die Tendenz dem Fürsten entgegenzukommen. Vieles hängt ab von dem Ausgange der Wahlen, Bezüglich welcher

man anscheinend verschieden urteilt. ~~Es~~ Allgemein anerkannt wird die Notwendigkeit der Errichtung einer Repräsentanz oder Güterverwaltung für die Čechoslovakei, und erscheint die diesbezügliche baldigste Entschliessung und Durchführung umso dringlicher, als die Frage der Gesandtschaftserrichtung jetzt zunächst von den Entschliessungen in Paris abhängt.

Es ist daher jetzt mit äusserster Energie daran zu arbeiten, dass Vertreter des Fürstentums in Paris erscheinen und dort die Neutralität anerkannt wird. Weiters dass je eher der Prager Regierung ein ihr genehmer Vertreter als Repräsentant in Prag namhaft gemacht wird. Wenn Sommerschuh es annimmt, so wäre die Situation eine sehr günstige, Sonst muss unbedingt ehestens ein geeigneter anderer Mann, der ja nicht unbedingt aus dem Kreise der jetzigen fürstlichen Beamtenschaft genommen werden müsste, vorgeschlagen werde.

Parallel damit muss mit aller Energie an dem Statut oder der Organisation der neuen Güterverwaltung gearbeitet werden. Man muss sich darüber klar sein, dass die Wiener Hofkanzlei jedenfalls nach Aussen nur mehr Zentralverwaltung der deutschösterreichischen Besitzungen und des hier erliegenden Geldvermögens sein kann, und dass für die Čechoslovakei eine nach Aussen <sup>†</sup> absolut koordinierte Verwaltung zu schaffen ist, welche ihre Anträge direkt dem Fürsten unterbreitet. [Durch wen der Fürst dann die Erledigung arbeiten lässt, und ob er sich dann der Hofkanzlei gewissermassen als sein Privatsekretariat bedient, ist Nebensache] Es muss aber auch im inneren Verkehr streng daran festgehalten werden, dass das nach Aussen Versprochene aufrecht steht, weil wie von der verschiedensten Seite betont wurde /Fürst Lobkowitz, Baron <sup>Waldern</sup> Laterni, Sommerschuh, auch Hofrat Lauche/ es gar keinem Zweifel unterliegt, dass bei dem Geiste und der nationalen Gesinnung eines grossen Teiles der liechtensteinischen Beamtenschaft jeder Versuch, die Verwaltung tatsächlich von W ien aus zu führen, und

trüben innen

2. Auf der  
interne Einfluss  
die H. u. u.  
Aufsichtler &  
deren Beamten  
mühten sich  
offenbar



724 1/2  
F. Steiner in Nege und Seckau

III.)

die neue Schöpfung für die tschechische Republik nur zu einer  
formellen zu gestalten, <sup>F</sup> sofort zur Kenntnis der Regierung  
und der Öffentlichkeit gelangen würde, und dass dann die  
letzten Dinge leicht ärger sein könnten wie die ersten.  
Ich möchte in diesem Zusammenhange noch zu meinem Bericht  
an Stepanek nachtragen, dass dieser allerdings in der Form  
der persönlichen Nichtidentifizierung, aber immerhin auf  
die Gefahr aufmerksam gemacht hat, die im Falle der Nicht-  
anerkennung der Neutralität in den weiten ~~xxx~~ Maschen des  
neuen Agrargesetzes liege, welches die Entschädigungs-  
lose Enteignung des Grundbesitzes feindlicher Staatsangehö-  
riger vorsehe.

Und Ansinnen um die Zulassung zu der Division  
Friedenskommission wäre im Zusammenhang der  
Autas in Paris persönlich zu überlegen,  
die beauftragt ist, die Legation von  
Kontakten zu prüfen.

Österreichischer  
Gesandtschaft in Wien:  
Praes. 14.V. 1919  
Nr. 8/2 Bgl. 1/2